

zahlreichen Implementierungen des Denkens der phänomenologischen Vorläufergeneration – genannt seien hier vor allem die Namen Merleau-Ponty und Levinas – nachvollziehen zu können. Bringt man dieses Rüstzeug mit, ist die Voraussetzung für eine äußerst instruktive Lektüre gegeben.

André Häger

Lovett, Frank. *A General Theory of Domination and Justice*. New York. Oxford University Press 2010. 288 Seiten. 85 \$/58, 35 €.

Das Theorieprogramm des Neo-Republikanismus hat in den letzten Jahren – auch im deutschsprachigen Raum – erhebliche Aufmerksamkeit erfahren. Seine Originalität wie Kontroversität liegt dabei zweifellos im Konzept von Freiheit als Nichtbeherrschung, dessen genaue Bedeutung und Implikationen allerdings selbst innerhalb der neo-republikanischen Literatur umstritten sind. Frank Lovett hat nun die bisher umfangreichste Studie zum Konzept der Beherrschung vorgelegt. In zwei Schritten entwickelt Lovett zunächst ein grundsätzliches, rein deskriptives Konzept von Beherrschung, das im zweiten Teil um eine normative Diskussion ergänzt wird, in der er eine Gerechtigkeitstheorie entwickelt, deren oberstes Prinzip die Minimierung von Beherrschung ist.

Lovetts deskriptives Konzept von Beherrschung basiert auf einem differenzierten Modell sozialer Macht. Diese verortet er zunächst handlungstheoretisch als Attribut rationaler Akteure, wobei sie sich aber – anders als z. B. bei Max Weber – weder substantiell als Besitz spezifischer Ressourcen noch anhand ihrer Wirkung bestimmen lässt.

Vielmehr soll Macht als strukturelle Beziehung verstanden werden, die sich in der Fähigkeit eines Akteurs, die Präferenzstruktur des jeweils anderen zu beeinflussen, ausdrückt. Beherrschung zeichnet sich nun durch den ungleichen Besitz von Macht aus und liegt auch dann vor, wenn von den entsprechenden Fähigkeiten kein Gebrauch gemacht wird, wobei Lovett (gegen Foucault) den „dubious claim that structures themselves dominate persons or groups“ (49) zurückweist. Aber nicht jede durch ein Machtungleichgewicht geprägte soziale Beziehung stellt Beherrschung dar, es müssen zwei weitere Bedingungen erfüllt sein: Dies ist einerseits ein relevanter Grad von Abhängigkeit der schwächeren Partei von der fraglichen Beziehung, und andererseits die Fähigkeit der stärkeren Partei, ihre Macht willkürlich auszuüben. In dieser letzten Bedingung liegt nun sicherlich der interessanteste Aspekt von Lovetts Konzept, nicht zuletzt aufgrund der instruktiven Diskussion zwischen einem substantiellen und einem prozeduralen Verständnis von Willkür, aus der sie hervorgeht. Während erstgenanntes willkürliche Machtausübung als die Nichtbeachtung spezifischer Werte oder Interessen definiert (und so notwendig auf normative Prämissen zurückgreift), ist nach letztgenanntem Machtausübung nicht mehr willkürlich, sobald sie im Rahmen eines – wie auch immer substantiell ausgestalteten – Regelsystems erfolgt. Der gewichtige Unterschied, den Lovetts Präferenz für das (deskriptive) prozedurale Verständnis macht, zeigt sich daran, dass für ihn (kontra Philip Pettit) auch nicht-demokratische Machtausübung keine Beherrschung darstellt, solange sie innerhalb eines institutionalisierten Rah-

mens erfolgt und somit „reliable“ (116) ist.

Inwiefern kann nun eine derart generelle Konzeption von Beherrschung als Fundament einer Gerechtigkeitstheorie fungieren? *Lovett* führt hierfür eine an Joseph Raz erinnernde, quasi-anthropologische Theorie menschlicher Entfaltung ein, die – insofern Beherrschung ein gravierendes Hindernis für Entfaltung darstellt – eine moralische Pflicht zur Minimierung von Beherrschung begründet. In ihrer engeren Anwendung auf soziale Gerechtigkeit begründet diese als oberstes Gerechtigkeitsprinzip die Minimierung von Beherrschung – in Anlehnung an Rawls, bezogen auf die Grundstruktur der Gesellschaft. Die (bei Rawls zentrale) faire Verteilung sozialer Güter ist hingegen nur mittelbar ein Gerechtigkeitsproblem, insofern sie nämlich Beherrschungsverhältnisse hervorbringt oder stützt. Diese konzeptionelle Engführung von sozialer Gerechtigkeit scheint für *Lovett* aber unproblematisch, da ihm zufolge mit Blick auf politische Entscheidungen und Strukturen ohnehin Forderungen der Gerechtigkeit stets gegen solche von Effizienz, Stabilität oder auch Fairness abgewogen werden müssen, was aber nur empirisch geleistet werden kann. Dahingehend sei es ein Vorteil seiner Theorie, dass sie „theoretically thick and empirically thin“ sei und „quickly hands things over from the political philosopher to the social scientist“ (164). Nimmt man diesen ungewöhnlich hohen Grad an methodologischer Reflexion ernst, stellt sich allerdings – gerade vor dem Hintergrund der sehr grundsätzlichen Definition von Beherrschung – die Frage, welchen praktischen Nutzen die Theorie noch haben kann. Und tatsächlich ist ihre prakti-

sche Anwendung dahingehend durchaus ambivalent. So führt die oben genannte Einsicht in den instrumentellen Wert einer gleichen Güterverteilung *Lovett* zu einem originellen Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Während theoretisch jedes noch so kleine Grundeinkommen Beherrschung verringere, könne selbst dessen Minimalhöhe aber nur praktisch ermittelt werden. Ganz ähnlich *Lovetts* Argument für Demokratie: Während sich aus dem Prinzip der Verminderung von Beherrschung direkt nur die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Ordnung ableiten ließe, rechtfertige dies indirekt auch Demokratie – insofern sich diese nämlich (bisher) als diejenige Staatsform erwiesen habe, in der die Bürger maximal zur Unterstützung der rechtsstaatlichen Ordnung motiviert würden. Entsprechend könne (kontra republikanische Demokraten wie Richard Bellamy) zur maximalen Minimierung von Beherrschung auch „[r]elatively little democracy“ (220) ausreichen – der genaue Grad müsse wiederum empirisch bestimmt werden. Einerseits kommt *Lovett* so trotz – oder wegen – der normativen Engführung zu originellen politiktheoretischen Argumenten, die auch innerhalb des neo-republikanischen Diskurses kontrovers sind, insofern sie daran erinnern, dass weder Gleichheit noch Demokratie notwendig zum Kernbestand republikanischer Theoriebildung gehören. Inwiefern man andererseits die präskriptive Bescheidenheit bzw. die geringe Konkretheit mit Blick auf z. B. institutionelle Strukturen (die in Teilen aber sicher auch konzeptuell aus der weiten Definition von Beherrschung resultiert) für problematisch hält, wird davon abhängen, inwieweit

man den Anspruch einer idealen Theorie an *Lovett* heranträgt.

Im Ganzen präsentiert *Lovett* damit eine äußerst dichte Studie, in der er nicht nur mit Blick auf Beherrschung, sondern insbesondere in den berührten Debatten – um Macht, Willkür, Moraltheorie, soziale Gerechtigkeit, das Verhältnis von Theorie und Praxis – kontroverse und diskussionswürdige Positionen entwickelt. Man würde sich allerdings wünschen, dass diese insgesamt weniger knapp und andeutungsvoll wären – denn so bleibt *Lovett* viele Begründungen schuldig.

Andreas Busen

Marchart, Oliver. *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben.* Berlin. Suhrkamp 2010. 391 Seiten. 14 €.

Mit Oliver *Marcharts* Studie *Die politische Differenz* liegt ein wichtiges Buch vor, das eine Lücke auf einem Forschungsfeld schließt, dem in den vergangenen Jahren eine stetig wachsende Aufmerksamkeit in der internationalen, aber auch der deutschsprachigen politischen Theorie und Philosophie zukommt. Zum Denken des Politischen, von dem hier die Rede ist, mit einem französischen oder, um den Begriff, den *Marchart* vorschlägt, aufzugreifen, mit einem postfundamentalistischen Hintergrund wurden vor allem in jüngerer Zeit eine Vielzahl an Aufsatzveröffentlichungen und Sammelbänden vorgelegt, so dass mittlerweile keineswegs mehr behauptet werden kann, die Forschungstätigkeit auf diesem Feld ließe zu wünschen übrig. Bislang stand allerdings eine monographische Studie noch aus. Das war vor allem deshalb so be-

dauerlich, weil erst eine Monographie mit systematischem Anspruch eine Zusammenschau dieses unterdessen weit ausdifferenzierten Forschungsfeldes leisten kann. Sie vermag es zudem auch jenen Interessierten zu eröffnen, die nicht selbst in ihm arbeiten, die aber gleichwohl gerne wüssten, was es mit den für manchen auf den ersten Blick eigenwilligen Denkfiguren der Entgründung, des Agonismus, der leeren Mitte der Macht, des Ereignisses und vielen anderen auf sich hat, die stets auf den Plan gerufen werden, wenn von diesem Denken des Politischen gehandelt wird, und die unversehens auch in anderen politik- und sozialwissenschaftlichen sowie philosophischen Diskursen auftauchen.

Marcharts Untersuchung erhebt und erfüllt den Anspruch, diese verzweigten Debatten strukturierend aufzuarbeiten. Sie kann allein schon deshalb über den Kreis derjenigen, die sich in jenem neuen Denken des Politischen heimisch fühlen, auch den anderen Interessierten, die sich einen ersten Einblick verschaffen möchten, wärmstens zur Lektüre empfohlen werden. Allerdings würde eine solche Charakterisierung, die in *Marcharts* Studie vor allem eine synoptische Einführung in die Diskurse über das Politische sähe, den ungleich ambitionierteren Zielen des Buches nicht gerecht werden. *Marchart* geht es nämlich neben einer Rekonstruktion der Debatte vor allem auch darum, einen eigenen Vorschlag zum angemessenen Verständnis des Politischen vorzulegen – im Grunde genommen dient die Rekonstruktion (Teil II) der Vorbereitung dieses eigenen Beitrags, und der Überblick über eine wichtige neuere Diskussion der politischen Theorie und Philosophie ist deshalb gewissermaßen nur ein erfreulicher Nebeneffekt der